

## **Gewerbegebietserweiterung zur Verbesserung der Finanzen unumgänglich**

In der Gemeinde steht im Jahre 2009 eine Reihe von Aufgaben an. Stellvertretend seien nur der Neubau des Kindergartens Regenbogen, die Baumaßnahmen im Schulbereich, die Ortskernmodernisierung usw. genannt. Die Entscheidungsträger sollten sich im Klaren sein, dass die Aufgaben nur dann realisiert werden können, wenn sie auch bezahlbar sind. Die FDP hält den bisher eingeschlagenen Weg der Planung und Finanzierung durch Kreditaufnahme für falsch. Die Gemeinde wird nicht danach beurteilt werden wie viele Projekte sie beginnt, sondern danach wie viele fertiggestellt werden. Um sie jedoch fertigzustellen muss die finanzielle Leistungsfähigkeit gewährleistet sein. Dieses ist vorab zu klären. Die Einstellung, wenn das Geld nicht reicht erhöhen wir eben die Steuern, ist gefährlich. Gemeindevertreter und die Bürgermeisterin, die so denken, vergessen dass der Bürger auch mit seinem Geld auskommen muss und dieses ihm eben nicht immer leicht fällt.

Wenn Frau Hoss-Rickmann erklärt, sie kann in der Verwaltung nicht mehr sparen weil bereits alles optimiert ist, vergisst sie, dass auch der Bürger heute an den Grenzen seiner Möglichkeiten ist. Dieses bedeutet auch, dass jede Mehrausgabe oder Mindereinnahme im Gemeindehaushalt weitere Steuererhöhungen für den Bürger zur Folge hat.

Wir fordern deshalb die Verwaltung auf im Jahre 2009 alles für eine zügige Umsetzung der geplanten Gewerbegebietserweiterung zu tun. Jeder Bürger wird seine Anstrengungen darauf verwenden zunächst das Geld zu verdienen, bevor er es ausgibt. Dieses sollte auch für eine Gemeinde gelten. Dieses wird jeder einfache Bürger und erst recht eine qualifizierte Verwaltung erkennen. Wie der Vergleich mit Rellingen zeigt, braucht die Gemeinde eine höhere Gewerbesteuererinnahme (Rellingen 8 Mio Einnahme bei 300% Hebesatz; Halstenbek 3,2 Mio Einnahme bei 330% Hebesatz). Diese Einnahmeverbesserung muss mit mehr Gewerbe und nicht durch Erhöhung der Hebesätze erfolgen.

Wegen des Wettbewerbs ist ein Unternehmen gezwungen entweder die Kosten weiterzugeben oder andere Standorte zu suchen. Durch die Erhöhung der Gewerbesteuer ist deshalb aus unserer Sicht nicht unbedingt eine Ergebnisverbesserung sichergestellt.

Um die Zukunft der Gemeinde nicht zu gefährden sind eine vollständige Planung aller Vorhaben und eine Beurteilung der Auswirkungen bei einer Realisierung notwendig. Deshalb halten wir ein Finanzierungskonzept, das alle Projekte umfasst für zwingend erforderlich.

Wir wenden uns nicht gegen die Projekte. Es ist jedoch nicht alles auf einmal machbar. Da das Geld für eine sofortige Umsetzung nicht zur Verfügung steht, haben wir auch die Zeit mit den Bürgern die Realisierung und mögliche Finanzierung ausführlich zu erörtern.

Allerdings wird die Gemeinde ihre Vorhaben nur finanzieren können, wenn die Gewerbegebietserweiterung vollzogen ist. Darauf sollte sie ihre Anstrengungen konzentrieren. Steuererhöhungen sind der falsche Weg.

Die FDP hat deshalb weder der Grundsteuererhöhung noch der Gewerbesteuererhöhung zugestimmt.

Herwart Straub

Fraktionsvorsitzender FDP-Halstenbek, Januar 2009